WELT am SONNTAG

Kampf um Erdgas spaltet Bolivien

Internationale Konzerne schüren den Zorn der Indio-Bevölkerung

Der Ölkonzern Repsol-YPF gab sich standfest. Man habe die Absicht, sich langfristig in Bolivien zu engagieren, teilte das spanisch-argentinische Unternehmen am Montag in Madrid mit. Zwölf Flugstunden westlich hatte gerade der bolivianische Präsident Mesa seinen Rücktritt angekündigt und war damit der zweite Staatschef binnen 17 Monaten, der vor allem wegen anhaltender Bürgerproteste anläßlich des Umgangs mit den reichen Erdgasreserven des Landes das Handtuch warf.

Repsol-YPF ist der größte Erdgasproduzent in Bolivien. Nach vom Unternehmen nicht bestätigten Angaben kontrolliert es mehr als ein Viertel der 1,5 Billionen Kubikmeter gesicherter Ergasvorkommen in dem Land. Für den Indioführer Evo Morales und die Anhänger seiner mächtigen Bewegung für ein sozialistisches Bolivien (MAS) ist der Konzern Inbegriff eines von den USA gesteuerten Imperialismus. Geht es nach ihnen, sollen die seit den 90er Jahren privatisierten Ergasquellen sofort verstaatlicht werden und die ausländischen Multis teuer für ihre Ausbeutung bezahlen.

In den vergangenen Monaten zettelte die MAS Streiks, Blockaden der Hauptverkehrsstraßen und Flughäfen sowie die Besetzung von Förderstellen an und legten Bolivien damit lahm. Anders als sein Vorgänger Gonzalo Sánchez de Lozada, der im Oktober 2003 bei ähnlichen Aufständen das Militär auf die Blockierer schießen ließ, wollte Mesa keine Gewalt anwenden. Lieber stellte er sein Amt zur Verfügung.

Die Situation in Bolivien ist paradox. Obwohl die zweitgrößten Erdgasreserven Südamerikas auf einen Wert von 70 bis 100 Milliarden Dollar geschätzt werden, leben 70 Prozent der Bevölkerung in Armut. Die meisten von ihnen haben noch nicht einmal einen Gasanschluß in ihren Wohnungen. Ausländische Konzerne wie Repsol-YPF, BP, British Gas, TotalFinaElf oder Petrobras machen dagegen ein Milliardengeschäft. "Für jeden investierten Dollar macht ein Unternehmen zehn Dollar Gewinn", freute sich Repsol-Manager Roberto Mallea im April 2003 öffentlich. Der Satz wird seither in jeder Auseinandersetzung zitiert.

Für den Mißstand verantwortlich sind nach Überzeugung der Kritiker insgesamt 78 Verträge, die den ausländischen Investoren praktisch sämtliche Rechte an den Erdgasfeldern übertrugen und sie lediglich verpflichten, an den bolivianischen Staat 18 Prozent ihrer Gewinne abzuführen.

Ein Präsident für alle Bürger wollte Mesa sein. Im vergangenen Sommer veranstaltete er ein Referendum über die Zukunft der Ergasreserven. 60 Prozent der Bevölkerung stimmten für seinen Vorschlag, Bolivien wieder die Hoheit über seine fossilen Brennstoffe zu übertragen und die Abgaben der ausländischen Konzerne auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen. Doch seither wird darum gestritten, ob dies auch die Aufhebung der 1996 geschlossenen 40-Jahresverträge einschließt und ob 50 Prozent eine Maximalforderung ist, die Verhandlungsspielraum läßt. Indioführer Morales, der Mesa zunächst unterstützte, kehrte ihm im Herbst den Rücken und arbeitete seither an seinem Sturz.

Seit Dienstag nacht ist klar, daß der Präsident zunächst im Amt bleibt. Beide Häuser des Kongresses lehnten sein Rücktrittsgesuch ab. Dem von Mesa geforderten Pakt zur Regierbarkeit des Landes will sich die MAS allerdings verweigern. Ihr Kampf geht weiter. Karin Finkenzeller

Artikel erschienen am 13. März 2005

Artikel drucken